

Städte und Gemeinden in Not

Interview mit der Münchner Stadträtin Bettina Messinger

Die Städte und Gemeinden stehen in der härtesten Haushaltskrise der Nachkriegszeit. Sie rufen den Finanznotstand aus. Den Bürgerinnen und Bürgern droht eine beispiellose kommunale Sparwelle. In Duisburg zum Beispiel werden bis zu sechs Schwimmbäder, Bibliotheken und eine Eissporthalle geschlossen, ein Theater wird verkauft. Gleichzeitig steigen nahezu überall die Gebühren und Steuern. Die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth, Präsidentin des Deutschen Städtetages, meint „Ein Teil der Städte steht vor dem Kollaps“. quer sprach mit der Münchner Stadträtin Bettina Messinger (SPD) über Ursachen und Folgen dieser Finanzkrise.



quer: Warum sind die Kommunen pleite? Können die Städte nicht vernünftig mit ihrem Geld umgehen?

Messinger: Die Ursachen sind vielfältig – aber die Kommunen können am wenigsten dafür! Die Schieflagen beruhen größ-

tenteils auf Steuereinnahmeverlusten, Folgen der Wirtschaftskrisen und wenig kommunalfreundlichen Verhaltensweisen von Bund und Ländern.

Ein paar Beispiele: Der Bund kürzt ständig die Anteile an den Unterkunftskosten für Hartz-IV-EmpfängerInnen oder beschließt den zwar richtigen und notwendigen Rechtsanspruch auf Kindergartenplätze, der allerdings voll zu Lasten der Kommunen geht. Der Freistaat Bayern erstattet je nach Schultyp nur zwischen 40 und 50 % der tatsächlichen Personalkosten für Lehrerinnen und Lehrer.

quer: Auch der reichen Landeshauptstadt München geht das Geld aus. Wie reagiert die kommunale Politik?

Was macht ver.di?

Um die Kommunen zu unterstützen, ruft ver.di bundesweit auf, gemeinsame Erklärungen „Rettet die öffentliche Daseinsvorsorge - rettet unsere Kommunen!“ mit den BürgermeisterInnen und LandrätInnen zu unterzeichnen.

Darin wird u.a. gefordert, die Gewerbesteuer auszubauen statt sie abzuschaffen, keine weiteren Steuerreformen zu Lasten der Kommunen einzuführen, wenn neue Aufgaben auf Bundesebene beschlossen werden, auch eine ausreichende Finanzierung mit zu beschließen („Wer bestellt, soll auch zahlen“) und eine angemessene Beteiligung der Städte und Gemeinden an den Einnahmen der neu einzuführenden Finanztransaktionssteuer und einer wieder eingeführten Vermögenssteuer.

Viele Kommunen haben solche Erklärungen bereits unterzeichnet. Das allein wird aber nicht reichen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen aktiv werden und zeigen, dass sie ihre Kommune unterstützen. Eine gute Möglichkeit ist dafür der bayerische Aktionstag am **13. November 2010** in Nürnberg. In den Aktionswochen vorher sollen zahlreiche betriebliche Aktionen stattfinden.

Genauere Informationen gibt es bei den ver.di-Geschäftsstellen oder unter bayern.verdi.de

Messinger: Auch wir kommen um Einsparungen und Mehreinnahmen nicht herum. Wir werden die Hundesteuer und die Grundsteuer erhöhen und planen – wenn der Freistaat Bayern zustimmt - die Einführung einer Übernachtungs- und einer Spielautomatensteuer.

quer: Was bedeutet das für uns BürgerInnen?

Messinger: Alleine die Grundsteuer bringt rund 25 Millionen Euro mehr im Jahr. Natürlich ist uns klar, dass die meisten Vermieter das auf die Mieter umlegen – wir haben lange das Für und Wider diskutiert. Aber die durchschnittliche Mehrbelastung sind gerade mal 2,2 Cent pro qm pro Monat oder bei einer

Wohnung von 70 qm eine mögliche Erhöhung der Miete um ca. 1,54 Euro monatlich – ärgerlich, aber verkräftbar.

Ganz wichtig war uns, bei der Kinderbetreuung, dem Lehrpersonal und bei den Zuschüssen für Vereine und Initiativen nicht zu kürzen. Wir gehen nicht mit dem Rasenmäher durch den Haushalt! Trotzdem haben wir ein Sparpaket von insgesamt 450 Mio. Euro beschlossen. Dabei haben wir z. B. Sachkosten gedeckelt, manches Großprojekt zeitlich hinaus geschoben und einzelnen städtischen Referaten weitere Konsolidierungen abverlangt.

Ich bin sehr froh, dass es München immer noch besser als vielen anderen Gemeinden geht. Eine Schließung von Schwimmbädern, Kindertagesstätten, Bibliotheken, Theatern oder eine Reduzierung im Nahverkehr steht bei uns nicht an. Das wären alles Dinge, von denen Familien und alleinerziehende Frauen besonders betroffen wären. Auch die Straßenbeleuchtung bleibt bei uns nachts an, immerhin 31 Prozent der Städte und Gemeinden kürzen hier, das geht vor allem zu Lasten der Sicherheit für Frauen.

quer: Die Gewerbesteuereinnahmen schwanken extrem. Warum wehren sich die Kommunen gegen eine Abschaffung?

Messinger: In guten Zeiten bringt die Gewerbesteuer den Kommunen rund 40 Mrd. Euro im Jahr – sie ist und bleibt die mit Abstand wichtigste kommunale Einnahmequelle. Wenn sie abgeschafft würde,

müsste dafür ein Ausgleich geschaffen werden. München, zum Beispiel, hat auch im vergangenen Krisenjahr 1,35 Mrd. Euro Gewerbesteuer eingenommen. ver.di hat mal die alternativen Vorschläge von Schwarz-Gelb durchgerechnet: Bei einer Erhöhung der Lohnsteuer wäre das ein Betrag jährlich von ca. 2.000 Euro pro Person. Ein Ausgleich durch eine höhere Mehrwertsteuer würde bedeuten, dass alle - vom Baby bis zur Rentnerin - mit durchschnittlich 1.000 Euro im Jahr zusätzlich belastet würden! Darüber denkt die Bundesregierung ernsthaft nach! Entlastung für gutverdienende Unternehmen und Belastung für die Bürgerinnen und Bürger. Von wegen „mehr Netto vom Brutto“.

quer: Es gibt also deiner Meinung nach keine Alternative zur Gewerbesteuer?

Messinger: Nein. Aber man muss über eine Verstetigung der Gewerbesteuer und den Ausbau zur Betriebssteuer diskutieren. Auch freie Berufe und Selbstständige (Architekten, Ärztinnen, Anwälte, Steuerberaterinnen und Softwareentwickler) müssten herangezogen werden und ihren Beitrag zur Finanzierung der Infrastruktur leisten, die sie ja mit nutzen.

quer: Eine Kommune kann doch nicht pleite gehen?

Messinger: Den „Bankrott“ einer Gemeinde wie in der Privatwirtschaft gibt es nicht, notfalls müsste das Bundesland haften. Damit dies nicht passiert, muss die Kommune einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen und genehmigen lassen. Für München ist die Regierung von Oberbayern zuständig.

quer: Und was würde passieren, wenn die Regierung von Oberbayern keine Genehmigung für den Haushalt erteilen würde?

Messinger: Sie würde sicher als erstes den Verkauf des „Tafelsilbers“ verlangen, z. B. die Stadtwerke oder die städtischen Wohnungsgesellschaften. Wenn dies immer noch nicht reichen würde, gäbe es eine Zwangsverwaltung. Dann würde die Regierung von Oberbayern die Aufgaben des Oberbürgermeisters und des Stadtrats übernehmen - ein



Alptraum! Das wäre eine Bankrotterklärung, das Ende von Kommunalpolitik und Gestaltungskraft. Das werden wir verhindern! München ist schließlich eine erfolgreiche rot-grün regierte Stadt mitten im schwarzen Bayern!

quer: Was geht das alles die Bewohner, die Bürgerinnen dieser Stadt an? Inwiefern sind wir betroffen?

Messinger. Wenn Schlaglöcher nicht mehr repariert, die Straßenlaternen abgeschaltet werden, die Bushaltestelle vor der Tür entfällt, der Kindergarten schließt, das Schwimmbad nicht mehr öffnet, die Stadtbibliothek keine neuen Medien mehr anschafft, die Parks verlottern und verwildern, Stellen und Ausbildungsplätze in kommunalen Betrieben gestrichen werden, die Beiträge für die Kinderkrippe steigen, der Eintritt für das Museum und den Tierpark das Doppelte kostet - dann spüren das vor allem die „normalen“ Leute! Die finanzielle Not der Kommunen betrifft uns alle! Es stimmt schon: Nur ein Reicher kann sich einen armen Staat leisten ...

Interview: quer-Redaktion

Beispiel Fürth: Sich wehren bringt Erfolg!

5,6 Mio. Euro umfasst das Sparpaket der Stadt Fürth. Darunter war auch die Streichung von drei Ausbildungsplätzen geplant. Dagegen wehrte sich der Personalrat und protestierte mit einem Transparent »Ausbildung ist unsere Zukunft« – in der Ratssitzung.

Die Einwände hatten teilweise Erfolg: Ein Ausbildungsplatz bleibt erhalten, die beiden anderen werden zwar gestrichen – doch haben die betroffenen Dienststellen die Möglichkeit, den Einsparungsbetrag von insgesamt 49 000 Euro anderweitig zu kompensieren und die Ausbildung so weiter zu ermöglichen.

Bettina Messinger

**DEUTSCHLAND
IN SCHIEFLAGE**

Herbstaktionen 2010 der Gewerkschaften und des DGB

Deutschland ist in Schieflage

Gerechtigkeit ist etwas anderes – wir brauchen einen Kurswechsel!

Die Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise werden auf den Schultern der kleinen Leute abgeladen. Restriktive Sparprogramme, Kürzungen der Sozialleistungen, Einschnitte in öffentliche Daseinsvorsorge und das Bildungssystem verschlechtern die Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Statt guter und gerecht bezahlter Arbeit droht die soziale Ordnung und der Schutz der arbeitenden Menschen verloren zu gehen.

Deshalb brauchen wir gute Arbeit, starke öffentliche Leistungen, gutes Auskommen im Alter, ein solidarisches Gesundheitssystem sowie qualifizierte Bildung und Ausbildung.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften rufen auf:

Beteiligt euch an den Herbstaktionen in Betrieben und Verwaltungen vor Ort. Informationen gibt es z.B. in den ver.di-Geschäftsstellen und den DGB-Regionalbüros!

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften rufen zur zentralen Kundgebung für Bayern auf:

Samstag, 13. November 2010

in Nürnberg am Kornmarkt

von 10 bis 14 Uhr Kundgebung

Vorher Sternmärsche zum Veranstaltungsort

